

Studie (Auszug)

Elterngeld und Elternzeit (Föräldraförsäkring och föräldraledighet)

Ein Erfahrungsbericht aus Schweden

- Schlussfolgerungen für Deutschland
- Literaturhinweise

Auftraggeber: BMFSFJ

Prognos AG:
Dr. Konstanze Kühn

In Kooperation mit
Institute for Future
Studies:
Prof. Joakim Palme

Basel, den 22. 01. 2005
51-6180

Prognos AG

Geschäftsführer
Christian Böllhoff

Basel

Aeschenplatz 7
CH-4010 Basel
Telefon +41 61 32 73-200
Telefax +41 61 32 73-300
info@prognos.com
www.prognos.com

Berlin

Karl-Liebknecht-Straße 29
D-10178 Berlin
Telefon +49 30 52 00 59-200
Telefax +49 30 52 00 59-201
info@prognos.com

Düsseldorf

Kasernenstraße 36
D-40213 Düsseldorf
Telefon +49 211 887 31 31
Telefax +49 211 887 31 41
info@prognos.com

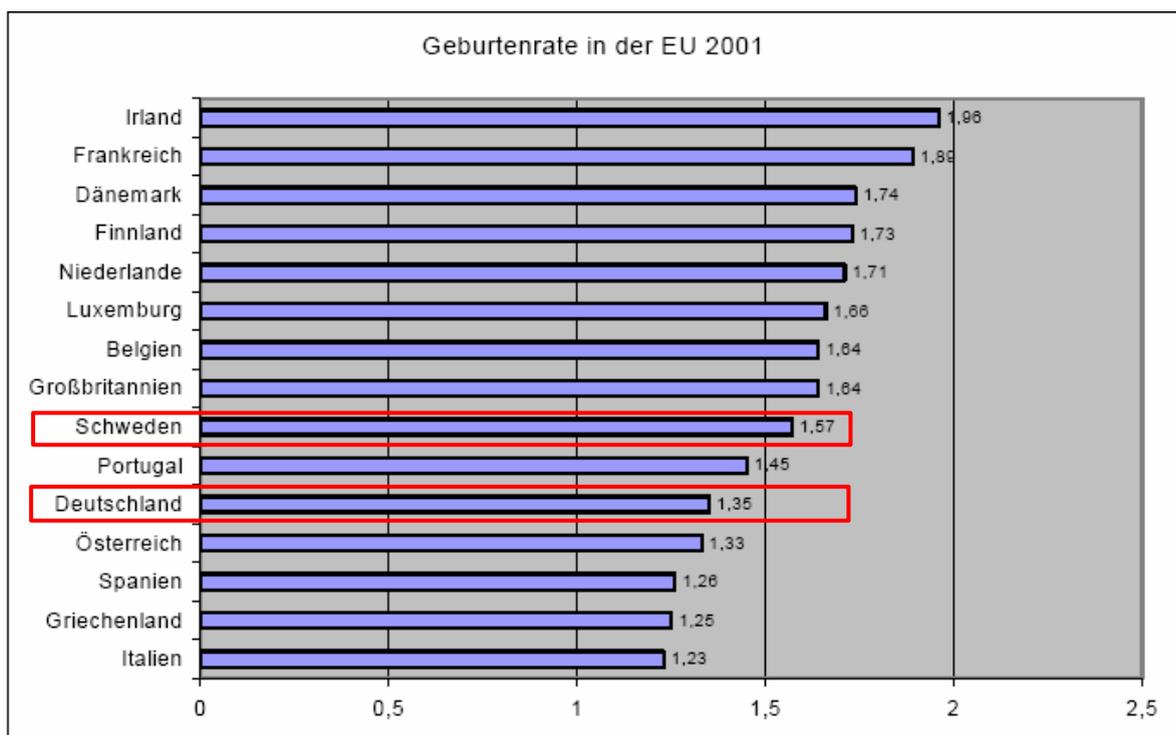
Bremen

Wilhelm-Herbst-Straße 5
D-28359 Bremen
Telefon +49 421 20 15-784
Telefax +49 421 20 15-789
info@prognos.com

Schlussfolgerungen für Deutschland

Deutschland ist innerhalb Europas eines der Länder mit den geringsten Geburtenziffern (1,35 im Jahre 2001). Im Vergleich dazu beläuft sich die Ziffer in Schweden auf 1,57. Damit nimmt Schweden einen mittleren Stellenwert ein.

Abbildung 1: Geburtenrate in der EU 2001

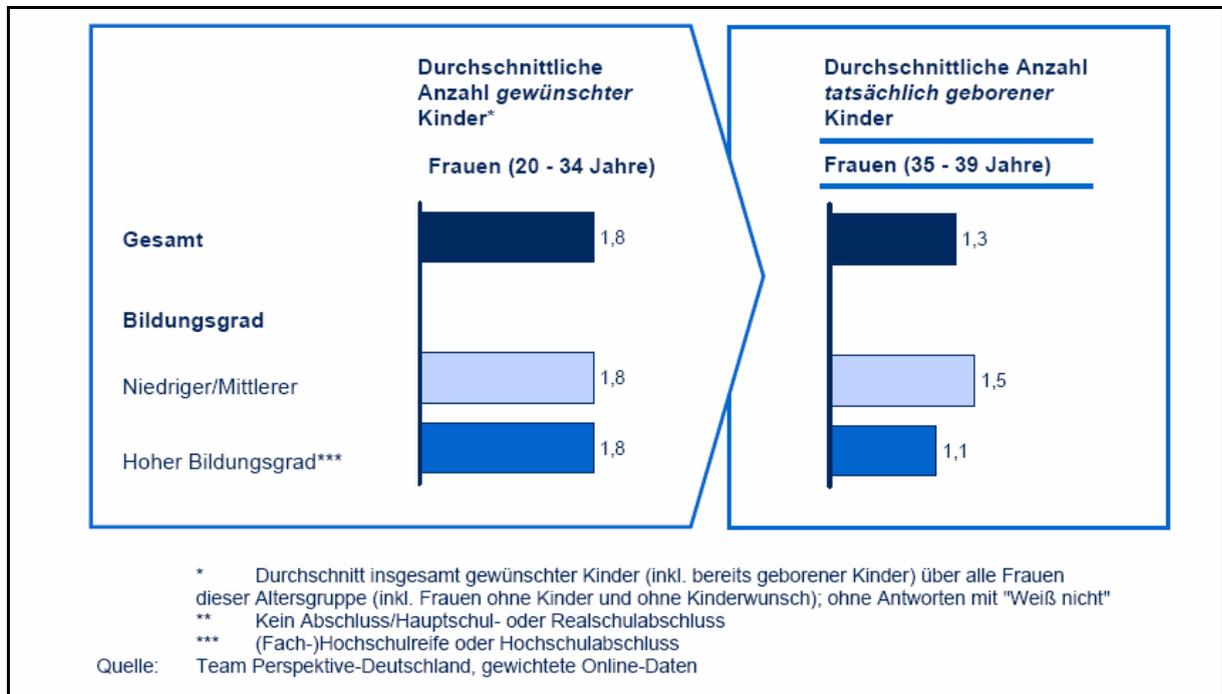


Quelle: Council of Europe, letzte demografische Entwicklungen in Europa, 2003

Trotz der geringen Geburtenziffer haben viele Männer und Frauen einen unerfüllt bleibenden Kinderwunsch. Die im April 2004 veröffentlichte Studie „Perspektive Deutschland“ ermittelt unter 20- bis 34-jährigen Frauen ein Kinderwunsch von durchschnittlich 1,8 Kindern.¹

1 www.perspektive-deutschland.de

Abbildung 2: Anzahl gewünschter vs. tatsächlich geborener Kinder nach Bildungsgrad der Mutter



Vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Probleme, die mit einer geringen Geburtenrate einerseits und einer zunehmenden Zahl alter Menschen andererseits entstehen, ist prioritäres Ziel der deutschen Familienpolitik, die Anreize für eine Familie zu erhöhen. Auch steht ähnlich wie in Schweden die Erhöhung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Berufs- und Familienleben im Vordergrund der Reformgedanken.

Hierbei muss zunächst die Ausgangssituation in Deutschland betrachtet werden. Wie eingangs dargestellt, orientiert sich die deutsche Familienpolitik bislang an dem traditionellen Modell des männlichen Hauptverdieners („männlicher Brotverdiener“), was sich in entsprechenden Strukturen der finanziellen Unterstützung und Kinderbetreuung abbildet. Trotzdem mit der Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes Anfang 2001 Mütter wie Väter, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, Anspruch auf Elternzeit haben, sind es insbesondere die Frauen, die diese nutzen. Nur 5 % der Väter in alleinerziehenden Haushalten nehmen allein oder im Wechsel mit der Frau eine Elternzeit in Anspruch.² Väter nutzen häufig nicht die Elternzeit, weil damit oft deutliche Verdienstauffälle und Probleme beim Wiedereinstieg in das Berufsleben verbunden sind. Zum einen befinden sich weitaus mehr Männer als Frauen in höheren Positionen und zum anderen ist der Gedanke

2 Bericht über die Auswirkungen der §§ 15 und 16 Bundeserziehungsgeldgesetz (Elternzeit und Teilzeitarbeit während der Elternzeit), Juni 2004; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

der „Vaterzeit“ auf Arbeitgeberseite wenig etabliert, was eine Rückkehr in die gleiche oder vergleichbare Position nach der Elternzeit erschwert. Bei 60 % der Eltern in Elternzeit ist der Vater während der ersten zwei Lebensjahre des Kindes Vollzeit erwerbstätig und die Mutter geht keiner Erwerbstätigkeit nach. Als Hauptgründe dafür werden die finanzielle Situation (38,2 %) und eine fehlende Kinderbetreuung (29 %) genannt (Bundesamt für Statistik 2004). Trotz einer Zunahme der Erwerbstätigkeit unter Müttern ist der tatsächliche Anteil geleisteter Arbeitsstunden vergleichsweise gering – der Anteil der pro Jahr geleisteten Arbeitsstunden beläuft sich auf nur 12 % (Statistisches Bundesamt 2004). Die öffentliche Kinderbetreuung ist dagegen sehr unterschiedlich ausgebaut. Stehen für 90 % der Kindergartenkinder ab 3 Jahren, die einen rechtlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz haben, Plätze in Kindertagesstätten zur Verfügung, beläuft sich diese Zahl bei den unter Dreijährigen auf nur 8,5 % (Zahlen des Statistischen Bundesamts aus 2002).

Zusammenfassend stehen deutsche Familien bzw. potenzielle Eltern in Deutschland im Spannungsfeld zwischen Beruf und Familie, was meist zu Lasten der Chancengleichheit der Frau geht, da sie in den meisten Fällen die Kinderbetreuung bis zum Kindergartenalter zu Hause übernimmt.

Bei der Frage nach der Verbesserung der Situation von Familien mit Kindern, steht gegenwärtig der Ausbau der Kinderbetreuung sowie ein Lohnersatz während der Kinderbetreuung an Stelle des bislang pauschal ausgestalteten Erziehungsgeld auf der politischen Agenda. Gerade im letzteren Fall wird das schwedische Modell als Vorbild betrachtet. Die rot-grüne Regierung will das Erziehungsgeld langfristig durch ein Elterngeld nach schwedischem Vorbild ersetzen.

Betrachtet man die Ausgangslage in Schweden und in Deutschland, so erscheint es zunächst sinnvoll, auch in Deutschland familienpolitische Veränderungen entsprechend dem schwedischen Modell zu treffen. Bei der Entwicklung der Geburtenstatistiken der letzten Jahrzehnte, haben die schwedischen Reformen im europäischen Vergleich jedoch nicht zu einer auffällig hohen Geburtenziffer beigetragen. Vielmehr wurden die beiden Ziele, die Erhöhung der weiblichen Erwerbsbeteiligung und die Gleichstellung von Mann und Frau, mit weitaus größeren Erfolgen verwirklicht, was sicher einen positiven Einfluss auf das Geburtenverhalten hat. Es liegt also die Vermutung nahe, dass die Fertilitätsrate durch entsprechende Maßnahmen beeinflusst werden kann, aber dennoch stark anderen Einflüssen (gesamtwirtschaftliche Situation, „Zeitgeist“ etc.) unterliegt.

Bei der Diskussion um die Einführung eines Elterngeldes bzw. Elternversicherung in Deutschland müssen folglich verschiedene Aspekte betrachtet werden.

1. In Hinblick auf die reine Fertilitätsrate haben die Erfahrungen aus Schweden gezeigt, dass die Einführung der Elternversicherung keine außergewöhnlichen Steigerungen der Geburten zur Folge hatte. Es bleibt offen, ob der generelle Geburtenrückgang westlicher Industrienationen ohne die Einführung der Elternversicherung für Schweden stärker ausgefallen wäre. Mit Ausnahme des Geburtenanstiegs in den frühen 90ern (s. Abbildung 7) konnte die Geburtenrate seit den 70ern relativ konstant gehalten werden und liegt über der in Deutschland.
2. Die Zunahme der weiblichen Erwerbsbeteiligung zeichnet sich seit Einführung der Elternversicherung sehr deutlich ab (s. Abbildung 8).

Wie auch in anderen Analysen deutlich wurde, haben unter der Bedingung positiv wirtschaftlicher und persönlicher Perspektiven familienpolitische Maßnahmen einen moderat positiven Einfluss auf das Geburtenverhalten (BMFSFJ 2003, Gauthier 2001).

Grundsätzlich spielt die ökonomische Situation und folglich die Arbeitsmarktlage im gesamtgesellschaftlichen wie auch im individuellen Kontext bei der Entscheidung für eine Familie eine große Rolle. Sowohl der Babyboom der Nachkriegszeit als auch der enorme Geburtenrückgang in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung untermauern diese Bedeutung. Maßnahmen, die helfen, entstehende Opportunitätskosten bei der Geburt eines Kindes zu mindern oder gar zu vermeiden, gelten als notwendige Bedingung für eine bessere Geburtenentwicklung und haben erwiesenermaßen einen größeren Effekt als direkte finanzielle Zuwendungen, wie beispielsweise eine Erhöhung des Kindergeldes (BMFSFJ 2003). Dazu zählen ein erleichterter Wiedereinstieg in den Beruf durch Arbeitsplatzsicherheit, flexible Arbeitsmärkte und Zugang zu einer Kinderbetreuung.

Obwohl Deutschland insgesamt sehr hohe Ausgaben für Familien tätigt, beschränken sich diese primär auf direkte Geldleistungen (z.B. Kindergeld, Erziehungsgeld, Steuervorteile). Die Unterstützung der weiblichen Erwerbstätigkeit im Sinne eines dualen Einkommensmodells für Familien findet weniger statt. Unter den deutschen Gegebenheiten (Anspruch auf 3-jährige Elternzeit, Mutterschutz 6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Geburt, Anspruch auf Kinderbetreuung [Kindergarten ab 3. Lebensjahr] Eltern- und Kindergeldpauschalen), ist die Entscheidung für ein Kind auch immer eine Entscheidung über das Ausmaß der Erwerbstätigkeit der Frau. Vor allem die fehlenden Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren, schränkt eine frühere Berufstätigkeit von Müttern stark ein. Gerade bei Frauen mit höheren Berufsabschlüssen wird dadurch die Entscheidung für ein Kind häufig verschoben oder gar nicht realisiert, da hier die Opportunitätskosten bei keiner oder eingeschränkter Erwerbstätigkeit besonders hoch ausfallen. Gerade in Deutschland wird eine hohe Kinderlosigkeit unter Aka-

demikerinnen beklagt (Statistisches Bundesamt 2003, BMFSFJ 2003).

Eine ausgebauten Kinderbetreuung hat neben dem Versorgungsaspekt auch eine bildungspolitische Komponente. Eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung in den entscheidenden ersten Lebensjahren trägt zur Verbesserung der sozialen und kognitiven Leistungen des Kindes bei, die sich im weiteren Leben fortsetzen (Esping-Anderson 2003). Gerade in Gesellschaften mit schrumpfendem Erwerbspotenzial ist die Ausbildung zukünftiger Arbeitskräfte von besonderer Bedeutung.

Das schwedische Modell der Familienpolitik hat gezeigt, dass mit der Elternversicherung die Erwerbsbeteiligung von Frauen deutlich zunahm. Die Einkommensverluste und damit die Opportunitätskosten reduzieren sich durch das gehaltsbezogene Elterngeld enorm. Das auch von deutschen Politikern formulierte Ziel der Gleichberechtigung von Vätern und Müttern wird durch diese Maßnahmen unterstützt. Das Ziel der simultanen Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienphasen wurde hier mit großem Erfolg erreicht. Zudem wurden in Schweden Phasen der Elternzeit definiert, die ausschließlich einem Elternteil und somit auch ausschließlich dem Vater zugeschrieben wurden. Eine solche Maßnahme unterstützt die Gleichstellung der Geschlechter bei der Kindererziehung in zweifacher Hinsicht. Nicht nur die Entlastung der Mutter sondern auch die Chance zur Beteiligung des Vaters sind erhöht. Ein großer Vorteil der Elternversicherung ist in diesem Zusammenhang sicher die Flexibilisierung der Eltern- und Berufsphasen. Die flexible Ein- und Aufteilung der Elternzeit unterstützt die Familien in ihrer individuellen Situation anstatt sie zu einer einmaligen Entscheidung zu zwingen, die sich manchmal während der Zeit durch andere Arbeitsbedingungen oder neue familiäre Situationen verändern würde. Zudem hat sich gezeigt, dass Unternehmen langfristig von familienfreundlichen Maßnahmen, zu denen u.a. Teilzeitangebote, flexible Arbeitszeiten und Wiedereinsteigerprogramme zählen, profitieren, da sich auf diese Weise Neubeschaffungs- und Wiedereingliederungskosten und Kosten für Überbrückungs- und Fehlzeiten von Mitarbeiterinnen reduzieren (Prognos 2003). Ein Modell, was sich an der schwedischen Elternversicherung orientiert, würde Betriebe dazu veranlassen entsprechende interne Regelungen zu finden, um auf die Flexibilisierung der Arbeits- und Elternzeit zu reagieren.

Neben den Regelungen der Elternzeit und des Elterngeldes sind flankierende sozialpolitische und familienpolitische Maßnahmen essenziell. An erster Stelle steht sicher die Kinderbetreuung, die in Deutschland ausgebaut werden muss. Darüber hinaus haben die schwedischen Erfahrungen gezeigt, dass die Regelungen der Elternversicherung bestimmte Gruppen (Studenten, Personen mit geringer oder keiner Erwerbsbindung) von den Vorteilen ausschließen, was das Risiko einer Familienarmut oder aber von

später Mutterschaft und Kinderlosigkeit erhöht. An dieser Stelle sollten entsprechende Maßnahmen, wie ein adäquates Kindergeld und Subventionsleistungen, eingeführt bzw. ausgebaut werden.

Insgesamt kann das schwedische Modell auch für Deutschland eine erprobte Vorlage für eine nachhaltige Familienpolitik sein. Die Vorteile des Modells überschneiden sich mit den derzeit diskutierten Zielsetzungen der deutschen Familienpolitik,

1. Steigerung der Geburtenrate
2. Erhöhung/Ermöglichung der weiblichen Erwerbstätigkeit/ Erwerbstätigkeit von Müttern,
3. Gleichberechtigung von Männern und Frauen
4. Verbesserung der Bildungschancen/Steigerung der Ausbildungsqualität.

Grundsätzlich zeigt die Entwicklung in Schweden, dass sich mit der Einführung der Elternversicherung und den damit verbundenen Unterstützungsmaßnahmen der Stellenwert der Familien und der Frau verändert hat. Obgleich die beschriebenen Regelungen eine erhöhte Flexibilität des Arbeitgebers erfordern, erfährt das Gesamtmodell eine breite öffentliche Akzeptanz einschließlich seitens der Arbeitgeberverbände. Die Erfahrungen aus Schweden zeigen auch, dass eine solche Politik Jahre braucht, bis sie auf eine erfolgreiche Umsetzung zurückblicken kann und dennoch weiter diskutiert wird. Eine Einführung eines entsprechenden Modells in Deutschland würde sicher von heftigen Debatten begleitet sein und nicht zuletzt für Arbeitgeber entscheidende Veränderungen ihrer Personalpolitik mit sich bringen

Obwohl die Chancen und Stärken des Modells überwiegen, dürfen für eine erfolgreiche Umsetzung in Deutschland zwei Faktoren nicht außer Acht gelassen werden. Erstens, der historische und damit gesellschaftliche Hintergrund und zweitens, die Frage der Finanzierung.

Zum ersten Punkt soll daran erinnert werden, dass das schwedische Modell bereits seit 30 Jahren etabliert ist und dennoch Diskussionen ausgesetzt ist. Zudem gilt Schweden grundsätzlich als liberales Land, was sich auch in den gesellschaftlichen Normen und Traditionen wiederfindet. Deutschland hat im Vergleich dazu eine andere Geschichte, wodurch die Einführung von Reformen, die sich u.a. auf Gesellschaftsbilder und Lebensstile auswirken, wahrscheinlich nicht nur Zustimmung erfahren wird. Folglich müssen solche Neuerungen von entsprechender Öffentlichkeitsarbeit und einem Austausch begleitet sein, um Akzeptanz zu schaffen und zu erhöhen. Als Beispiel sind hier neben Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften oder Frauen- und Familienverbänden vor

allein die Kirchen zu nennen. Die Akzeptanz kann auch dadurch erhöht werden, wenn Familien ihr Modell wählen können, d.h. sich entweder für die hier beschriebene Elternversicherung bzw. ein Elterngeld oder aber für die bisherige Form des Erziehungsgeldes mit dreijähriger Erziehungszeit entscheiden. Auch wäre eine Übergangsregelung hinsichtlich der Wahlfreiheit denkbar.

Die Elternversicherung wird in Schweden über die Sozialversicherungsbeiträge finanziert. Eine Übertragung der Finanzierungsart auf den deutschen Kontext ist aus Sicht der Prognos nicht zielführend. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen über hohe Lohnnebenkosten in Deutschland, würde dies die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen weiter mindern. Alternativ dazu wäre eine Finanzierung aus Steuermitteln zu bevorzugen. Durch die einkommensbezogene Besteuerung wäre auch eine „faire“ Beteiligung über alle Einkommensarten gewährleistet. Eine Ausnahme stellen kinderlose Paare oder Einzelpersonen dar, die dann eine einseitige Unterstützung der Familien leisten müssten. Die Problematik schließt an die grundsätzliche Debatte über Steuerbelastungen von Familien mit und ohne Kinder an.

Abschließend soll noch einmal daran erinnert werden, dass Reformen in einem Bereich auch immer Veränderungen in anderen Bereichen mit sich führen. So ist die Einführung einer Elternversicherung bzw. Elterngeldes in Deutschland nur dann erfolgreich, wenn entsprechende Möglichkeiten der Kinderbetreuung im Kleinkindalter bestehen. Das im Oktober 2004 verabschiedete Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG), das den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen sicherstellen soll, greift diese Problematik auf. Die erfolgreiche Umsetzung eines Elterngeldmodells ist u.a. mit dem Erfolg des TAG verbunden. Auch wird der frühzeitige Wiedereinstieg der Eltern nur dann gelingen, wenn sich die Unternehmen mit entsprechenden Modellen darauf vorbereiten.

Zusammenfassend kann das schwedische Modell der Elternversicherung vor dem Hintergrund der aktuellen Situation und der politischen Debatte in Deutschland als viel versprechende Orientierung gelten, wenn es um die Transformation des Modells des „männlichen Brotverdieners“ zu einer Familienpolitik der „dualen Erwerbstätigkeit“ geht. Profitieren werden vor allem Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind sowie allein erziehende berufstätige Frauen. Profitieren werden auch die Arbeitgeber, die mit konkreten Programmen für einen erfolgreichen Wiedereinstieg Arbeitsausfälle durch Familiengründungen und die damit zusammenhängenden zusätzlichen Kosten reduzieren können.

Literatur

- Andersson, G. (2002) "Fertility developments in Norway and Sweden since the early 1960s". *Demographic Research*, vol 6 article 4.
- Barnafödandet i fokus. Från befolkningspolitik till ett barnvänligt samhälle*. Ds 2001:57. Socialdepartementet.
- Bekkengen, L. (2002) *Man får välja – om föräldraskap och föräldraledighet i arbetsliv och familjeliv*. [Men can choose – about parenthood and parental leave in working life and family life] Malmö, Liber.
- Berggren, S. (2004) *Flexibel föräldrapenning- hur mammor och pappor använder föräldrapenningen och hur länge de är föräldralediga*. RFV Analyserar 2004:14. Riksförsäkringsverket, Stockholm.
- BMFSFJ (2003) Nachhaltige Familienpolitik in Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung, Gutachten von B. Rürup & S. Gruescu.
- Bradbury, B. and Jäntti, M. (2001) "Child Poverty across the industrialized world: evidence from the Luxembourg Income Study", in Vleminckx, K. and Smeeding, T. (eds.) *Child Wellbeing, Child Poverty and Child Policy in modern nations. What do we know?* Bristol: The Policy Press.
- Brewster, K.L. and Rindfuss, R.R. (2000) "Fertility and women's employment in industrialized nations". *Annual Review of Sociology*, 26: 271-296.
- Bygren, M. och Duvander, A. (2004) "Ingen annan på jobbet har ju varit pappaledig". Papporna, deras arbetsplatser och deras pappaledighetsuttag. in Bygren, M., Gähler, M. och Neremo, M. (Eds) *Familj och arbete. Vardagsliv i förändring*. Stockholm. SNS Förlag.
- Carlsen, S. (1998) *Men on Parental Leave: how men use parental leave in the Nordic countries*. Copenhagen: Nordic Council of Ministers.
- Chesnais, J. (1996) "Fertility, Family, and Social Policy in Contemporary Western Europe". *Population and Development Review* 22(4):729-739.

- Duncan, G.J., Brooks-Gunn, J., Yeung, W.J. and Smith, J.R. (1998) "How much does childhood poverty affect the life chances of children?". *American Sociological Review*, 1998, Vol. 63:406-423.
- Duvander, A, and Andersson, G. (2004) *Leder delad föräldraledighet till fler barn? En studie om hur pappors och mammors föräldrapenninguttag påverkar benägenheten att skaffa ytterligare barn*. RFV Analyserar 2004: 14. National Social Insurance Board: Stockholm.
- Duvander, A. och Andersson, G. (2003) *När har vi råd med fler barn? En studie om hur inkomst påverkar fortsatt barnafödande*. RFV analyserar 2003:8. Riksförsäkringsverket, Stockholm.
- Duvander, A. och Olsson, S. (2001) *När har vi råd att skaffa barn?* RFV analyserar 2001:8. Riksförsäkringsverket, Stockholm.
- Engelhardt, H. and Prskawetz, A. (2004) *On the Changing Correlation Between Fertility and Female Employment over Space and Time*, *European Journal of Population*, vol. 20 (1): 35-62.
- Esping-Andersen (2003) *Against Social Inheritance*, 150, Policy Network (Hrsg.), *Progressive Futures: New ideas for the centre-left*, London.
- Esping-Andersen, G. (2002) *Why we need a new welfare state*. Oxford, Oxford University Press.
- Esping-Andersen, G. (ed.) (1996) *Welfare States in Transition: National Adaptions in Global Economies* London, Sage.
- Eurobarometer Special Surveys, 50.1 (2001) *Family and social situation*.
- Ferrarini, T. (2003) "Parental leave institutions in eighteen post war welfare states". Swedish Institute for Social Research Doctoral Dissertation Series no. 58.
- Ferrarini, T. and Forssén, K. (2004) "Family Policy and cross-national patterns of poverty". in Kangas, O. and Palme, J. (Eds.) (forthcoming), *Social Policy and Economic Development in the Nordic Countries*. SERIES: Social Policy in a Development Context, General Editor: UNRISD. New York: Palgrave.
- Gauthier (2001) *The impact of public policies on families and demographic behaviour*. Paper presented at the

- ESF/EURESCO conference "The second demographic transition in Europe".
- Gislason, I. V. (2004) "Isländsk revolution". In Lorentzi, U (Ed.) *Vems valfrihet? Debattbok för en delad föräldraförsäkring*. (pp 92-107). Agora.
- Haas, L. (1992) *Equal parenthood and Social Policy. A study of Parental Leave in Sweden*. State University of New York Press.
- Haas, L., Allard, K. and Hwang, P. (2002). The impact of organizational culture on men's use of parental leave in Sweden. *Community, Work & Family*, 5, 319-342.
- Haveman, R. and Wolfe, B. (1995) "The Determinants of Children's Attainments: A Review of Methods and Findings". *Journal of Economic Literature* Vol. XXXIII:1829-1878.
- Hinnfors, J. (1998) *Stability through change - Swedish parties and family policies*. Paper presented at the seminar on Family Politics and the Welfare State 1945-1980. Department of History, Stockholm University.
- Hirdman, Y. (1998) "State policy and gender contracts. The Swedish experience." In E. Drew, R. Emerek, E. Mahon (Eds.), *Women, work and the family in Europe*. (pp. 36-46). London, Routledge.
- Hobson, B. (2002) *Making Men into Fathers- Men, Masculinities and the Social Politics of Fatherhood*. New York, Cambridge University Press.
- Hobson, B. and Lindholm, M. (1997) "Collective identities, women's power resources, and the making of welfare states", *Theory and Society* 26:475-508.
- Hoem, J. (1993) Public policy as the fuel of fertility: Effects of a policy reform on the pace of childbearing in Sweden in the 1980s. *Acta Sociologica* 36: 19-31.
- Jans, A. (forthcoming) *Family relations, children and interregional mobility, 1970 to 2000*, Institute for Future Studies.
- Kamerman, S.B. and Kahn, A.J. (2001) "Child and family policies in an era of social policy retrenchment and restructuring", in Vlemminckx, K. and Smeeding, T.M. (eds.) *Child well-being, child poverty and child policy in modern nations*. Bristol, The Policy Press.

- Kangas, O. and Palme, J. (2000) "Does Social Policy Matter? Poverty Cycles in OECD Countries", *International Journal of Health Services*, 30(2):335-352.
- Korpi, W. (2000) "Faces of Inequality: Gender, Class, and Patterns of Inequalities in Different Types of Welfare States". *Social Politics* 7(2):127-191.
- Korpi, W. and Palme, J. (1998) "The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality: Welfare State Institutions, Inequality, and Poverty in the Western Countries", *American Sociological Review*, 63:661-687.
- Lewis, J. (1992) "Gender and the Development of Welfare State Regimes". *Journal of Social Policy* 1992 2(3):159-173.
- Lewis, J. and Åström, G. (1991) "Equality, Difference, and State Welfare: Labor Market and Family Policies in Sweden". *Feminist Studies* 18, no 1.
- Morgan, S. P. (2003) *Is low fertility a twenty-first-century demographic crisis?* *Demography*, vol. 40 (4): 589-603.
- Nyberg, A. (2004) Parental leave, public child care and the dual-earner/dual-carer model in Sweden. Discussion paper. Swedish National Institute for Working Life.
- Nyman, H. och Pettersson, J. (2002) *Spelade pappamånaden någon roll? – pappornas uttag av föräldrapenning*. [Did the daddy-month matter?] RFV Analyserar 2002:14. Stockholm: National Social Insurance Board.
- Ohlander, A. (1988) "Det osynliga barnet? Kampen om den socialdemokratiska familjepolitiken". In Misgeld, K. and K. Molin and K. Åmark (eds.) *Socialdemokratins samhälle 1889-1989*. Kristianstad: Tiden.
- Oláh, L. Sz. (2003) "Gendering fertility: Second births in Sweden and Hungary". *Population Research and Policy Review*, 22, 171-200.
- Oláh, L. Sz. (2001) *Gendering Family Dynamics: The Case of Sweden and Hungary*. Stockholm University, Demography Unit Dissertation Series, No.3.
- Prognos AG (2003) Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen. Köln

- Rainwater, L.T. Smeeding and Coder, J. (2001) "Poverty across states, nations, and continents", in Vleminckx, K. and T. Smeeding (eds.) *Child Wellbeing, Child Poverty and Child Policy in modern nations. What do we know?* Bristol, The Policy Press.
- Rönsen, M. (1999) "Assesing the impacts of parental leave: effects on fertility and female employment" in Moss, P. and Deven, F. (eds.) *Parental leave: progress or pitfall? Research and policy issues in Europe*. Brussels, Vlaamse Gemeenschap.
- Rönsen, M. and Sundström, M. (1996) "Maternal Employment in Scandinavia". *Journal of Population Economics*, 9:267-285.
- Rönsen, M. and Sundström, M. (1999) "Public policies and the employment dynamics among new mothers – a comparison of Finland, Norway and Sweden". Discussion Papers, Statistics Norway, Division for Social and Demographic Research.
- Rönsen, M. and Sundström, M. (2002) "Family Policy and After-Birth Employment Among New Mothers- A Comparison of Finland, Norway and Sweden". *European Journal of Population*, 18:121-152.
- Ruhm, C.J. (1996) *The Economic Consequences of Parental Leave mandates: Lessons from Europe*. National Bureau of Economic Research: Working paper 5688.
- Ruhm, C.J. and Teague, J.L. (1995) *Parental leave policies in Europe and North America*. National Bureau of Economic Research: Working paper 5065.
- Sainsbury, D. (1999). *Gender and Welfare State Regimes*. Oxford, Oxford University Press.
- Smeeding, T.M. (2002) "No Child Left Behind?" Luxembourg Income Study Working Paper No. 319.
- SOU (1972) *Statens offentliga utredningar 1972:41, Familj och äktenskap*. Stockholm: Fritzes.
- Statistics Sweden (1994) *Frågeblankett med svarsfrekvenser. Demografi med barn- och familj 1994:3*. Statistics Sweden.
- Statistics Sweden (2001) *Arbetskraftsundersökningen. Grundtabeller. Fjärde kvartalet 2000*. Statistiska centralbyrån.
- Sundström, M. and Duvander, A. (2002) "Gender division of child care and the sharing of parental leave among new parents in Sweden". *European Sociological Review*, 18, 433-447.

Sundström, M. and Stafford, F. (1992) "Female labour force participation, fertility and public polict in Sweden". *European Journal of Population* 8:199-215.

Thalberg, Sara (2003) *Barnafödandets politik – En analys av partiernas argumentation i nativitetsfrågan 1997-2003*. Arbetsrapport, Institutet för Framtidsstudier.